

Bescheid

Die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) hat durch Senat I, bestehend aus dem Vorsitzenden Mag. Michael Ogris als Senatsvorsitzenden, dem Vorsitzenden-Stellvertreter Dr. Florian Philapitsch, LL.M. sowie dem Mitglied Mag. Michael Truppe, im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 111/2010, wie folgt entschieden:

I. Spruch

Gemäß §§ 24, 25 Abs. 1 und 3 Privatradiogesetz (PrR-G), BGBl. I Nr. 20/2001 idF BGBl. I Nr. 50/2010, wird festgestellt, dass die **Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH** (FN 159286w beim Landesgericht für ZRS Graz), vertreten durch die Lansky, Ganzger + Partner Rechtsanwälte GmbH, Rotenturmstraße 29/9, 1010 Wien, die Bestimmung des § 22 Abs. 1 PrR-G dadurch verletzt hat, dass sie am 05.11.2010 zwischen 00:00 und 01:56 Uhr keine Aufzeichnungen ihres im Versorgungsgebiet „Bruck an der Mur/Mur-, Mürztal“ ausgestrahlten Hörfunkprogramms hergestellt hat.

II. Begründung

1. Gang des Verfahrens

Im Rahmen eines gegen die Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH anhängigen Beschwerdeverfahrens forderte die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) die Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH mit Schreiben vom 18.11.2010 gemäß § 22 Abs. 1 Privatradiogesetz (PrR-G), BGBl. I Nr. 20/2001 idF BGBl. I Nr. 50/2010, auf, unter anderem Aufzeichnungen des am 05.11.2010 von 00:00 bis 24:00 Uhr im Versorgungsgebiet „Bruck an der Mur/Mur-, Mürztal“ ausgestrahlten Hörfunkprogramms vorzulegen.

Am 25.11.2010 langten unter anderem eine Stellungnahme sowie eine CD der Mur-Mürztal Radiobetriebs GmbH bei der Behörde ein. Auf der CD befanden sich lediglich die Aufzeichnungen des im Versorgungsgebiet „Bruck an der Mur/Mur-,

Mürztal“ ausgestrahlten Programms der Mur-Mürztal Radiobetriebs GmbH vom 05.11.2010 von 01:57 bis 24:00 Uhr.

Mit Schreiben vom 14.07.2011, KOA 1.460/11-023, leitete die KommAustria von Amts wegen ein Verfahren gemäß §§ 24, 25 Abs. 1 und 3 PrR-G zur Feststellung einer Verletzung des § 22 Abs. 1 PrR-G gegen die Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH ein, und gab ihr Gelegenheit zur Stellungnahme binnen zwei Wochen.

Die Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH übermittelte am 17.08.2011 eine Stellungnahme zum eingeleiteten Rechtsverletzungsverfahren, in der sie ausführte, dass am 05.11.2010 zwischen 00:00 und 01:56 Uhr keine Aufzeichnungen des Programms erstellt wurden, jedoch kein Verschulden vorliegen würde.

2. Sachverhalt

Aufgrund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender Sachverhalt fest:

Die Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH, eine zu FN 159286w beim Landesgericht für ZRS Graz eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Graz, war aufgrund des Bescheides der KommAustria vom 18.06.2001, KOA 1.460/01-012, bestätigt durch Bescheid des Bundeskommunikationssenates (BKS) vom 30.11.2001, GZ 611.111/0001-BKS/2001, Inhaberin einer Zulassung zur Veranstaltung von Hörfunk im Versorgungsgebiet „Bruck an der Mur/Mur-, Mürztal“ bis 20.06.2011.

Mit rechtskräftigem Bescheid der KommAustria vom 11.04.2011, KOA 1.460/11-008, wurde der Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH abermals die Zulassung zur Veranstaltung von Hörfunk im Versorgungsgebiet „Bruck an der Mur/Mur-, Mürztal“ ab 21.06.2011 für die Dauer von zehn Jahren erteilt.

Die Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH hat am 05.11.2010 zwischen 00:00 und 01:56 Uhr keine Aufzeichnungen ihres im Versorgungsgebiet „Bruck an der Mur/Mur-, Mürztal“ gesendeten Hörfunkprogramms hergestellt.

3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen hinsichtlich der Zulassungen der Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH aus den Jahren 2001 und 2011 ergeben sich aus den zitierten Akten der KommAustria und des BKS.

Die Feststellung, dass die Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH am 05.11.2010 zwischen 00:00 und 01:56 Uhr keine Aufzeichnungen ihres im Versorgungsgebiet „Bruck an der Mur/Mur-, Mürztal“ ausgestrahlten Hörfunkprogramms hergestellt hat, ergibt sich insbesondere aus dem Inhalt ihrer Stellungnahmen vom 17.08.2011.

4. Rechtliche Beurteilung

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 6 KommAustria-Gesetz (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 111/2010, obliegt der KommAustria die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über private Rundfunkveranstalter nach den Bestimmungen des Privatradiogesetzes.

Gemäß § 25 Abs. 1 und 3 PrR-G entscheidet die KommAustria im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht über Hörfunkveranstalter u.a. von Amts wegen über Verletzungen von

Bestimmungen des PrR-G. Die Entscheidung der KommAustria besteht in der Feststellung, ob und durch welchen Sachverhalt eine Bestimmung des PrR-G verletzt worden ist.

Gemäß § 22 Abs. 1 PrR-G haben Hörfunkveranstalter von allen ihren Sendungen Aufzeichnungen herzustellen und diese mindestens zehn Wochen lang aufzubewahren, sowie diese über Verlangen der Regulierungsbehörde zur Verfügung zu stellen.

Die Bestimmung des § 22 Abs. 1 PrR-G dient der Gewährleistung einer effektiven Rechtskontrolle und Rechtsdurchsetzung, sei es bei der Werbebeobachtung oder in sonstigen Verfahren, in denen Mitschnitte bestimmter Hörfunksendungen als Beweismaterial dienen können. Diesen Zielsetzungen kann nur dann entsprochen werden, wenn eine lückenlose Aufzeichnung der Hörfunksendungen, und zwar der tatsächlichen Ausstrahlungen, erfolgt (vgl. u.a. BKS 13.12.2002, GZ 611.011/0002-BKS/2002; 01.07.2003, GZ 611.011/0001-BKS/2003).

Ein mögliches technisches Problem eines bestehenden Aufzeichnungssystems enthebt den Hörfunkveranstalter nicht von seiner Verpflichtung, für eine Aufzeichnung seiner Hörfunksendungen zu sorgen. Auf ein Verschulden kommt es für die Beurteilung der Rechtswidrigkeit des gegenständlichen Sachverhaltes nicht an (vgl. BKS 16.12.2005, GZ 611.151/0002-BKS/2005). Hinzu tritt, dass im gegenständlichen Fall die Aufzeichnungen für eine effektive Rechtskontrolle in einem Beschwerdeverfahren betreffend eine grundlegende Programmänderung ohne Genehmigung der Behörde notwendig waren.

Da die Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH keine Aufzeichnungen ihres im Versorgungsgebiet „Bruck an der Mur/Mur-, Mürztal“ ausgestrahlten Hörfunkprogramms vom 05.11.2010 zwischen 00:00 und 01:56 Uhr aufgrund der mit Bescheid der KommAustria vom 18.06.2011, KOA 1.460/012, bestätigt mit Bescheid des BKS vom 30.11.2001, GZ 611.111/0001-BKS/2001, erteilten Zulassung vorlegen konnte, liegt eine Verletzung des § 22 Abs. 1 PrR-G vor.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der Partei dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Berufung offen. Die Berufung ist binnen zwei Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Behörde, die diesen Bescheid erlassen hat, einzubringen. Die Berufung hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, zu bezeichnen und einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten.

Wien, am 24. August 2011

Kommunikationsbehörde Austria
Der Senatsvorsitzende:

Mag. Michael Ogris
(Vorsitzender)

Zustellverfügung:

Mur- Mürztal Radiobetriebs GmbH, z.Hd. Lansky, Ganzger + Partner Rechtsanwälte GmbH, Rotenturmstraße
29/9, 1010 Wien, **per RSb**